Max-Planck-Institut für Chemie
(Otto-Hahn-Institut) der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.
Abteilung Biogeochemie, Global Fire Monitoring Center (GFMC) / Arbeitsgruppe Feuerökologie,
Georges-Köhler-Allee 75, 79110 Freiburg i. Br. – Leiter: Prof. Dr. Dr. h.c. Johann Georg Goldammer

MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

Herrn
Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon
Rathaus
79098 Freiburg

31.05.2010

In Durchschrift an

Mitglieder des Bauausschusses
Rathaus
79098 Freiburg

Bebauung des Grundstücks Schauinslandstraße 107 (Flurstück Nr. 8286) gem. Flächennutzungsplan und Entwurf Bebauungsplan
Hier: Zukunft des Versuchswalds und des Arboretums

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Zuge der geplanten Bebauung des o.a. Grundstücks wird die Stadt Freiburg mit der Universität einen Aufhebungsvertrag des Pachtvertrags vom 29.6.1967 mit dem Ziel der vollständigen Räumung des Grundstücks zum 31.12.2010 abschließen.

Die Räumung des Grundstücks umfasst nicht nur den Abriss der darauf stehenden Gebäude, sondern auch die Entfernung des Baumbestands, der vorwiegend aus einem Langzeitversuch der Universität Freiburg, einem kleinen Arboretum und einigen wertvollen, seltenen einzelnen Bäumen besteht.

Die bislang von der Stadtverwaltung beabsichtigte Forderung nach der vollständigen Räumung des Baumbestands, die auf der formalen Auslegung des Pachtvertrags beruhte, nach dem es eigentlich nicht zu einer Anlage des alten Baumbestands hätte kommen dürfen, ist mittlerweile wohl der Einsicht gewichen, dass das eine nicht ganz unproblematisches Ansinnen ist.

Rechnungsanschrift: MPI für Chemie / GFMC, Georges-Köhler-Allee 75, 79110 Freiburg
Telefon: (+49) (0) 761-808011 Fax: (+49) (0) 761-808012 E-mail: info@gfmc.org
Websites: http://www.fire.uni-freiburg.de und http://www.fire.uni-freiburg.de/feueroekologie/index.html

Im Verlauf der Anhörung zum Flächennutzungsplan wurden die wissenschaftlichen Betreuer des Baumbestands von der Stadtverwaltung nicht angehört.

Die Intervention eines Stadtrats hat aber möglicherweise dazu geführt, dass im Aufhebungsvertrag vorgesehen ist:

> *„Die Vertragsparteien werden vorab in einem gemeinsamen Ortstermin vereinbaren, was im Detail zum Aufhebungszeitpunkt beseitigt werden muss".*

Ich selbst als Betreuer des Langezeitversuchs (den Sie auf der Website der Universität vorgestellt finden: http://www.fire.uni-freiburg.de/feueroekologie/pflanzgarten.htm) und auch des übrigen Baumbestands sehe in diesem Termin die bislang einzige Möglichkeit, dem Gemeinderat, vertreten durch den Bauausschuss, den Baumbestand zu erläutern und auch die Bedenken aus Sicht der internationalen Forschung vorzutragen. Denn bislang wird der Langzeitversuch von internationalen Wissenschaftlern zum Zweck der Genforschung genutzt. In Zusammenhang mit den anstehenden Problemen der Klimaveränderung kann diesem weltweit einmalige Provenienzversuch mit Herkünften einer Fichtenart aus dem gesamten Europa vielleicht doch noch eine größere Bedeutung zukommen.

Wir erhalten derzeit immer wieder besorgte Anrufe über die Zukunft des Baumbestands.

Daher bitte ich Sie, sich dieser Angelegenheit als Chefsache anzunehmen und bei dem Ortstermin teilzunehmen. Gleichzeitig sollten die Mitglieder des Bauausschusses bei dem Ortstermin teilnehmen.

Aus gegebenem Anlass bitte ich Sie, den Ortstermin gleichermaßen mit dem Rektorat der Universität und mir persönlich abzustimmen. Er sollte vorzugsweise auf einen Freitagnachmittag gelegt werden, um gleichzeitig den Vertretern des Gemeinderats vorzuführen, wie es um die Lärmbelastung des geplanten Bauvorhabens steht. Denn bislang wurde dies von der Stadtverwaltung mit einem Gutachten mit Durchschnittswerten heruntergespielt, obwohl die Bürgerschaft hier mehrfach darauf hingewiesen hat, dass hier an besonderen Tagen und Tageszeiten besonders starke Lärmbelastung vorliegt. Ich kann es mir eigentlich nicht vorstellen, dass die Stadt Freiburg hier eine Bebauung – hoffentlich in einem erheblich reduziertem Umfang – ohne massive Lärmschutzmaßnahmen gestatten will, die ja von der Bürgerschaft eingefordert wurden.

Insgesamt soll die Beteiligung des Gemeinderats dazu führen, dass die Mitglieder des Bauausschusses informiert und wissentlich über die Zukunft des Baumbestands und der Bebauung einschließlich der Offenlegung der tatsächlichen Lärmbeschallung entscheiden.

Da das bisherige Vorgehen der Stadt in Fachkreisen auf wenig Verständnis gestoßen ist, wird sich möglicherweise die Wissenschaftsredaktion einer überregionalen Tageszeitung mit diesem Thema befassen. Ich persönlich lege weniger Wert auf eine polemische Diskussion in einer Lokalzeitung.

Ich verzichte darauf, weitere Unterlagen zu dem Baumbestand einzureichen, da diese der Stadtverwaltung bereits vorliegen, einschließlich die von der Stadt in Auftrag gegebenen Gutachten (die ich wiederum nicht kenne, die aber sicherlich zur Entscheidungsfindung zweckdienlich sein dürften).

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Dr.h.c. Johann Georg Goldammer